

Einleitung

Schluchter, Wolfgang

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schluchter, W. (1979). Einleitung. In J. Matthes (Hrsg.), *Sozialer Wandel in Westeuropa: Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages in Berlin 1979* (S. 26-28). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-156341>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Wolfgang Schluchter

Einleitung

Eines der prominentesten Themen, mit denen sich die politische Soziologie im letzten Jahrzehnt auseinandersetzt, ist das der Handlungsspielräume der Politik in Gesellschaften, die repräsentativ-demokratisch verfaßt und durch eine modifizierte kapitalistische Wirtschaft gekennzeichnet sind. Dieses Thema wurde zunächst vor allem von Sozialwissenschaftlern behandelt, die an der Marxschen Gesellschaftstheorie orientiert waren. Doch hat es schnell breiteres wissenschaftliches Interesse geweckt. Nicht zuletzt durch die Diskussion um die Grenzen des Wachstums, vor allem aber durch die Ölkrise, ist es zudem 'popularisiert' worden. Es stellt heute ein prominentes Thema nicht nur der wissenschaftlichen, sondern auch der politischen Öffentlichkeit dar. Dieses breite Interesse hat neben den aktuellen auch tiefer liegende Gründe. Denn die Frage nach den Handlungsspielräumen der Politik ist durch 'epochale' Erfahrungen angeregt. Man wurde aufmerksam auf die wachsenden Diskrepanzen zwischen den 'Kosten' der Politik und der Wirtschaftsentwicklung, zwischen der Komplexität der Staats- und Verwaltungsaufgaben und dem Bürokratismus der Regierungs- und Verwaltungsorganisationen. Diese Erfahrungen scheinen allgemein auf Steuerungsdefizite der Politik hinzuweisen, auf eine mangelnde Effektivität und Effizienz des Regierungs- und Verwaltungshandelns, das damit letztlich destabilisierend und desintegrierend auf den gesellschaftlichen Handlungszusammenhang wirken muß. Gerade die Expansion des Wohlfahrtsstaats, die erstaunliche Steigerung der Sozialausgaben sowie der Ausgaben für das Gesundheits- und Bildungswesen in den öffentlichen Haushalten seit dem Ende des 2. Weltkriegs, gilt dafür häufig als Beispiel: Statt wie einst Krisen zu bewältigen, trägt der Wohlfahrtsstaat, so scheint es, in der Gegenwart selbst zu krisenhaften Entwicklungen bei. Die Verpflichtungen, die die Politik etwa durch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen einging und eingeht, scheinen kumulative Effekte zu haben. Sie schreiben sich nicht nur gleichsam selber fort, sondern sie werden auch auf immer weitere Bevölkerungsgruppen ausgedehnt. Vorgänge dieser Art haben die Steuerlastquote der meisten westlichen Industriegesellschaften in den letzten Jahrzehnten hochschnellen lassen. Ein Ende ihrer Steigerungsfähigkeit scheint in Sicht. Dies signalisiert nicht nur eine

andauernde Finanzkrise des Staates, sondern auch wachsende Konflikte zwischen Politikfeldern: Die westlichen Industriegesellschaften scheinen 'unregierbar' zu werden. Diese Tendenz wird unter Umständen durch die falsche Organisation der Regierungs- und Verwaltungsapparate sowie durch falsche Programmwahlen bei der Verwirklichung politischer Ziele noch begünstigt. Damit aber wäre eine Konstellation gegeben, die zunächst zu einer Rationalitätskrise, dann zu einer Legitimitätskrise der Politik führen könnte.

'Unregierbarkeit' ist freilich ein Begriff von zweifelhaftem wissenschaftlichen Wert. Darauf weist insbesondere Richard Rose in seinem Beitrag hin. Dennoch bleibt es natürlich eine Aufgabe einer politischen Soziologie, die sich verändernden Handlungsspielräume der Politik in den westeuropäischen Industriegesellschaften zu diagnostizieren. Dies kann vor allem im Hinblick auf die politischen Ziele, die politischen Instrumente bzw. Programme und die Politikfelder geschehen. Damit lassen sich unter anderem drei Fragen verbinden.

1. Welche politischen Ziele können die überkommenen Regierungen und Verwaltungen bei Aufgabenüberlastung, wachsenden Verpflichtungen und nicht weiter steigerungsfähigen Mitteln überhaupt noch erfolgreich verfolgen? 2. Welche politischen Programme eignen sich für die Lösung welcher politischen Ziele, und welcher Programmtyp herrscht aus welchen Gründen vor? 3. Wie haben sich die Politikfelder in historischer Perspektive verschoben, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausbildung des Wohlfahrtsstaats? Diesen drei Fragen gehen die folgenden Referate nach: der ersten vor allem der Beitrag von Richard Rose, der zweiten vor allem der Beitrag von Renate Mayntz und der dritten vor allem der Beitrag von Peter Flora.

Damit ist nicht behauptet, die drei Referate würden sich einfach ergänzen. Dies ist keineswegs der Fall. Vielmehr dokumentieren sie verschiedene Forschungsschwerpunkte und theoretische Perspektiven. Richard Rose führt letztlich die seit Seymour Martin Lipsets Studien 'klassisch' gewordene Fragestellung der anglo-amerikanischen politischen Soziologie weiter, Renate Mayntz gibt einen Einblick in die Erkenntnischancen einer Implementierungsforschung, die zugleich um eine Neufassung des Kontingenzbegriffs bemüht ist. Peter Flora resümiert die Ergebnisse einer erst in den letzten Jahren in Deutschland entstandenen Forschung um den Wohlfahrtsstaat in historischer Perspektive und

schließt seine vorsichtigen Verallgemeinerungen an die makrosoziologischen Ansätze von Max Weber und Emile Durkheim an. Damit behandeln diese Beiträge nicht nur Aspekte desselben Themas, sie verweisen auch auf alternative Möglichkeiten politisch-soziologischer Analyse. Sie sind damit bezeichnend für ein Forschungsgebiet, das sich gerade in der jüngsten Vergangenheit zunehmend empirisch-historischen Fragestellungen zugewandt und das sich dabei zugleich verschiedenen theoretischen Perspektiven geöffnet hat.

Dies wird durch den Beitrag von Brigitta Nedelmann noch unterstrichen. Auch er ist auf das Problem der Handlungsspielräume bezogen, wenn auch in einem anderen Sinne, als dies für die übrigen Beiträge gilt. Hier geht es um die Frage, unter welchen Bedingungen sich Akteure, die an einem Konflikt beteiligt sind, ihre Handlungsspielräume selbst begrenzen, und zwar unter Umständen so sehr, daß es zu einer Art Selbstblockierung des Handelns kommt. Im Vordergrund stehen nicht die Ursachen, sondern der Ablauf von Konflikten, das Konfliktmanagement in seiner Dialektik von Transformationserfordernis und Darstellungszwang. Die Grundlage der Analyse bildet eine historisch-empirische Fallstudie, die zur Entfaltung der begrifflichen Mittel und der Perspektiven einer dynamischen politischen Soziologie genutzt wird. Sie deutet zugleich einen Diskussionszusammenhang an, der in der klassischen Soziologie bereits existierte, aber von der neueren politischen Soziologie nur zögernd aufgenommen worden ist. Seine Ausarbeitung verspricht neue Einsichten in den politischen Prozeß als einem Management von Konflikten, sowie für die anderen Forschungsschwerpunkte und theoretischen Perspektiven einen Erkenntnisgewinn. +)

+) Während des Berliner Kongresses hat Urs Jaeggi ferner ein Referat über die Alternativen zur offiziellen Politik vorgetragen, das in erweiterter Form in Jürgen Habermas (Hrsg.) , Annotationen zur geistigen Situation der Zeit, Frankfurt 1979, erscheinen wird und deshalb in diesen Kongreß-Bericht, auch auf Wunsch des Autors, nicht aufgenommen ist.